

Antrag Nr.

(mit Kürzel der Mitgliedsgewerkschaft inkl. lfd. Nummer und Dateiart. Bsp.: BDZ1.doc)

Antrag an den Gewerkschaftstag 2017 des dbb beamtenbund und tarifunion

Antragsteller:

Bundeshauptvorstand des dbb

Antragbetreff:

Positionen des dbb in der Sozialen Arbeit und weiteren sozialen Berufen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Ausgangssituation

Der Begriff Soziale Berufe umschreibt Tätigkeiten, die mit teils kurativen Dienstleistungen, Beratung, Erziehung, sozialer Hilfe und Kontrolle, Betreuung und Unterstützung und im weiteren Sinne mit allen Tätigkeiten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen, aber auch in der Arbeitsverwaltung und im Justizwesen betraut sind.

Die Sozialen Berufe zählen damit zum Kern des deutschen Sozialstaats. So vielfältig die Soziale Arbeit ist, haben doch alle Berufsgruppen als gemeinsamen Nenner den Dienst am Menschen und das Hinwirken auf gesellschaftliche Veränderungen. Auch die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen beeinflussen nahezu alle Beschäftigten der Sozialen Berufe.

Eine wesentliche Herausforderung der Zukunft stellt der demografische Wandel dar. Der medizinisch-technische Fortschritt verbunden mit einem Anstieg der Lebenserwartung schafft zusätzliche, individuelle Betreuungsbedarfe. Weitere Herausforderungen bilden die Handlungsfelder Inklusion (UN-Behindertenkonvention) sowie Migration und Flucht.

Die Beschneidung der finanziellen Spielräume und die Schuldenbremse werden den Druck auf die personelle Ausstattung weiter verstärken. Auch eine mögliche, durch das derzeitige Zinsumfeld erwachsende europäische Finanzkrise hätte hier negative Folgen. Der zunehmende Fachkräftemangel verschärft die Situation zusätzlich.

Deutschland erreichen derzeit viele Flüchtlinge mit arbeitsmarktrelevanten Potenzialen. Um diese auch tatsächlich zu heben und so einen Beitrag zur Verminderung des Fachkräftemangels (unter anderem in der Sozialen Arbeit) zu leisten, darf sich eine entsprechende Qualifizierung nicht nur auf die Sprachkenntnisse beschränken. Vielmehr ist gerade im Bereich der Sozialen Arbeit das auf Ethik ausgelegte Handeln zu vermitteln.

Der Bedeutungsgewinn elektronischer Medien wird Einfluss nehmen auf persönliche Beratung und Informationsvermittlung. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Menschenrechte und die Menschenwürde fortlaufend berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit muss dafür Sorge getragen werden, dass es nicht zu einer Entfremdung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und damit verbunden zu einer Abkoppelung von Arbeitsprozessen dieser von den neuen Technologien kommt. Insbesondere für ältere Beschäftigte müssen entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen vorgehalten werden.

Letztlich beeinflusst auch der stärkere Trend zu alternativen Lebensformen weg von der klassischen Ein-Verdiener-Familie hin zu neuen Lebensformen die Anforderungen an die Sozialen Berufe. Familie in der heutzutage verschieden gelebten Form ist ein zentrales gesellschaftliches Anliegen der Gegenwart. Das „Netzwerk Familie“ soll in seiner Unterschiedlichkeit je nach Bedarf unterstützt und gefördert werden.

Die Entstehung neuer Berufsbilder und Studiengänge stellt neue Anforderungen an die Qualifikation der Lehrenden und die Profession. Die Grundlage der Ausbildung bilden die jeweiligen Qualifikationsrahmen. Von Seiten der Gesetzgebung bedarf es der Schaffung von Voraussetzungen zum Erwerb notwendiger Qualifikationen, die über eine staatliche Anerkennung (exemplarisch seien Trainee Programme benannt) definiert werden.

Insgesamt ist zukünftig mit einem höheren Anteil von Beschäftigten mit nicht durchgängigen Erwerbsbiografien zu rechnen, welcher wiederum die Mitarbeiter in der Sozialen Arbeit, z.B. Jugendhilfe und Arbeitsvermittlung vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessern

Die Privatisierung sozialer und pflegerischer Dienstleistungen, also ihr Betrieb außerhalb kommunaler und wohlfahrtsverbandlicher Strukturen, nimmt zu.

Die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber von sozialen Diensten der Daseinsvorsorge hat sich in der Vergangenheit aufgrund der ihr vorliegenden finanziellen Spielräume immer weiter zurückgezogen. Diese Entwicklung muss im Interesse der Beschäftigten und der betroffenen Menschen umgekehrt werden.

Auch der mit zunehmenden Privatisierungen einhergehenden Tendenz zur Umwandlung von regulären in prekäre Beschäftigungsverhältnisse muss entgegengewirkt werden.

Die hohe Teilzeitquote in den Sozialen Berufen ist der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der starken beruflichen Belastung geschuldet. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Länder und Kommunen werden viele Stellen jedoch mittlerweile nur noch in Teilzeit angeboten.

Unfreiwillige Teilzeitarbeit, Befristungen und Mini-Jobs müssen die Ausnahme bleiben. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung sowie öffentlich geförderte Beschäftigung haben keinen Platz im Feld der Sozialen Arbeit.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist eine angemessene Bezahlung der Mitarbeiter der Sozialen Berufe zwingende Voraussetzung für die immer dringender werdenden Probleme bei der Nachwuchsgewinnung.

Eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten führt neben einer Stärkung der Attraktivität der Sozialen Berufe auch zu mehr Arbeitszufriedenheit und damit auch zu einem längeren Verbleib in der Phase der Erwerbstätigkeit.

Entprofessionalisierung entschieden entgegenwirken

Föderalismusreform, Schuldenbremse und mögliche, künftige europäische Entwicklungen potenzieren sich gegenseitig und dürfen nicht weiter dazu führen, dass in den Ländern und Kommunen im sozialen Bereich entsprechend der Wirtschaftlichkeit und Kas-senlage unterschiedliche Betreuungsdichten und Angebotsstrukturen entstehen. Dies würde in letzter Konsequenz zu unterschiedlichen Definitionen sozialer Standards führen und somit den deutschen Wohlfahrts- und Sozialstaat sowie die grundgesetzliche Forderung einheitlicher Lebensbedingungen ad absurdum führen. Schließungen kommunaler Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sind längst keine Ausnahme mehr. Hier gilt es, Einhalt zu gebieten. Der Gefahr, dass aufgrund immer engerer finanzieller Spielräume der Länder und Kommunen bestimmte Bereiche der Sozialen Arbeit aus Kostengründen ausgelagert werden, muss begegnet werden.

Hinsichtlich der eingangs beschriebenen künftigen Herausforderungen, mit denen sich die Soziale Arbeit konfrontiert sieht, muss der angemessenen Qualifizierung des Personals ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Der Begriff „lebenslanges Lernen“ sollte auch tatsächlich Anwendung finden.

Vor dem Hintergrund vor allem in sozialen Berufen häufig verkürzter Erwerbsbiografien und dem damit verbundenen Risiko individueller Versorgungslücken im Alter darf bei einer Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive der Aspekt des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht ausgeklammert werden, denn der Erhalt der Arbeitsfähigkeit bis zur Regelaltersgrenze hat hohe Priorität. Die Beschäftigten dürfen nicht mit ihren Problemen allein gelassen werden.

Gerade im Bildungs- und Erziehungswesen sind Erschöpfungszustände ebenso allgegenwärtig wie beispielsweise Ausfallzeiten aufgrund von Rückenleiden bei den Berufen der Kranken- und Altenpflege. Qualifizierung ist in diesem Sinne auch präventiv zu verstehen.

Attraktivität der Sozialen Berufe und Bild in der Öffentlichkeit stärken

Die in der Sozialen Arbeit Tätigen erfahren vielfach in der Öffentlichkeit nicht die ihrer Bedeutung für den Wohlfahrts- und Sozialstaat angemessene Anerkennung. Hierzu tragen beispielsweise politische Bestrebungen bei, Arbeitsuchende ohne entsprechenden fachlichen Bezug in Pflegeberufen einsetzen zu wollen oder etwa öffentlich geförderte Beschäftigung nach § 16 SGB II auf Bereiche auszuweiten, in denen grundsätzlich eine sozialpädagogische Ausbildung vorausgesetzt wird (etwa der Einsatz in Jugendzentren zur Unterstützung von Streetworkern).

Nicht nur die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten vor Ort leidet unter der mangelnden Anerkennung. Vielmehr sind deutlich negative Auswirkungen auf die Nachwuchsgewinnung die Folge. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des damit einhergehenden zukünftig stark steigenden Personalbedarfs in sämtlichen kurativen Berufen müssen die Attraktivität der sozialen Berufe und deren Bild in der Öffentlichkeit dringend verbessert werden. Die Erwartungen an eine Ausbildungsreform der Pflegeberufe sind hoch. Der dbb begrüßt jeden gesetzgeberischen Vorstoß der zum Ziel hat, den Pflegeberuf attraktiver und zukunftsfest zu machen.

Eine landesweite Imagekampagne in Verbindung mit Aufklärungsarbeit, einer Vorstellung der Berufsbilder und dem Aufzeigen von Karrieremöglichkeiten direkt an den Schulen wäre ein gangbarer Weg, die berufliche Soziale Arbeit bekannt zu machen und Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Kernforderungen des dbb in der Sozialen Arbeit:

- Der Entprofessionalisierung in der Sozialen Arbeit muss entschieden entgegengetreten werden: die Qualität der Sozialen Arbeit darf nicht von der Kassenlage der Länder und Kommunen abhängen. Auslagerungen einzelner Bereiche, um Kosten zu sparen, werden strikt abgelehnt.
- Die Attraktivität der Sozialen Berufe und das Bild in der Öffentlichkeit ist zu stärken. Dies schließt zwingend eine angemessene Bezahlung der Mitarbeiter ein.
- Unfreiwillige Teilzeitarbeit, Befristungen und Mini-Jobs müssen die Ausnahme bleiben. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung haben keinen Platz im Feld der Sozialen Arbeit.
- Der Bedeutungsgewinn elektronischer Medien wird auch Einfluss auf die Sozialen Berufe nehmen. Mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten ist dafür Sorge zu tragen, dass gerade die älteren Beschäftigten den „digitalen Anschluss“ nicht verpassen und ihr Fachwissen nicht verloren geht.

Begründung:

bei Bedarf mündlich

Beschluss: angenommen - abgelehnt - Arbeitsmaterial